

Information zum Datenschutz nach Art. 13 und 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Im Rahmen der *Deutschen Pflanzenschutztagung* werden von der Geschäftsstelle der Deutschen Pflanzenschutztagung (Julius Kühn-Institut, Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen (JKI), Messeweg 11-12, 38104 Braunschweig) personenbezogene Daten verarbeitet, die für diesen Zweck erforderlich sind.

1. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

a) Verarbeitungszweck

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt im Rahmen der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Deutschen Pflanzenschutztagung.

Folgende personenbezogene Daten können verarbeitet werden: Anrede, Titel, Nachname, Vorname, Dienstherr / Arbeitgeber, Fakultät / Abteilung, Dienstadresse, Telefonnummer, Handynummer, E-Mail-Adresse, ggf. Geburtsdatum, Geburtsort, Privatadresse, Bankverbindung (nur soweit Kosten erstattet werden), Einzahlung von Tagungsbeiträgen, Teilnehmerlisten, Vorträge und Poster, veranstaltungsbezogene Unterlagen.

b) Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Die Rechtsgrundlage für die benannte Verarbeitung findet sich in Art. 6 Abs. 1 Buchstaben a) und e) DSGVO und § 3 BDSG.

c) Verarbeitung aufgrund einer Einwilligung

Soweit Sie uns eine Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten betreffend Ihre Teilnahme an einer Veranstaltung des JKI gegeben haben, stützt sich die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung auf Ihre Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) DSGVO.

2. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Empfänger der personenbezogenen Daten ist das JKI.

Unterlagen zu den Inhalten der Tagung einschließlich Teilnehmerlisten werden allen Teilnehmern zur Verfügung gestellt. Zudem werden alle Autoren und Co-Autoren von Vorträgen und Postern im Tagungsprogramm aufgeführt. Diese Unterlagen werden auch auf der Internetseite der Deutschen Pflanzenschutztagung veröffentlicht.

3. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Eine Datenübermittlung in Länder außerhalb der EU bzw. des EWR (sog. Drittstaaten) findet nicht statt.

4. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Ihre Daten werden nach der Erhebung beim JKI solange gespeichert, wie dies nach den gesetzlichen Aufbewahrungsfristen vorgesehen oder für die jeweilige Aufgabenerfüllung erforderlich ist, es sei denn, Sie stimmen zu, dass Ihre Daten für zukünftige Veranstaltungen gespeichert werden.

5. Kontaktdaten

Kontaktdaten des Verantwortlichen

Julius Kühn-Institut (JKI)
Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen
Erwin-Baur-Str. 27
06484 Quedlinburg
Tel.: 03946 470
poststelle@julius-kuehn.de
De-Mail: poststelle@julius-kuehn.de-mail.de

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Julius Kühn-Institut (JKI)
Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen
Behördliche Datenschutzbeauftragte
Erwin-Baur-Str. 27
06484 Quedlinburg
datenschutz@julius-kuehn.de

Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen nachfolgende Rechte zu. Diese können Sie gegenüber dem JKI geltend machen

Recht auf Auskunft - Art. 15 DSGVO

Sie haben das Recht auf Auskunft über die bezüglich Ihrer Person verarbeiteten Daten, deren Herkunft und Empfänger sowie den Zweck der Verarbeitung und die Dauer der Speicherung. Es gelten die in § 34 BDSG geregelten Ausnahmen von diesem Recht.

Recht auf Berichtigung - Art. 16 DSGVO

Sie haben das Recht, unrichtige Daten Ihre Person betreffend korrigieren zu lassen.

Recht auf Löschung - Art. 17 DSGVO

Weiterhin steht Ihnen das Recht auf Löschung Ihrer personenbezogenen Daten beim Verantwortlichen zu. Das Recht auf Löschung der Daten ist insoweit ausgeschlossen, wenn diese Daten zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die die Verarbeitung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem der Verantwortliche unterliegt, erfordert, oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde (Art. 17 Abs. 3 lit. b DSGVO).

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung - Art. 18 DSGVO

Ferner haben Sie ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung. Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung beinhaltet die Möglichkeit, eine weitere Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten vorerst zu verhindern. Eine Einschränkung tritt vor allem in der Prüfungsphase anderer Rechtswahrnehmungen durch den Betroffenen ein. Wurde die Verarbeitung eingeschränkt, so dürfen diese personenbezogenen Daten - von ihrer Speicherung abgesehen - nur mit Ihrer Einwilligung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden. Das Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung ist nach § 36 BDSG ausgeschlossen, soweit an der Verarbeitung ein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, oder eine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet.

Recht auf Datenübertragbarkeit - Art. 20 DSGVO

Das Recht auf Datenübertragbarkeit beinhaltet die Möglichkeit für Sie, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem gängigen, maschinenlesbaren Format vom Verantwortlichen zu erhalten, um diese ggf. an einen anderen Verantwortlichen weiterleiten zu lassen oder das Recht, zu erwirken, dass die personenbezogenen Daten direkt von einem Verantwortlichen einem anderen Verantwortlichen übermittelt werden, soweit dies technisch machbar ist. Dieses Recht steht aber dann nicht zur Verfügung, wenn die Datenverarbeitung der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben dient (Art. 20 Abs. 3 Satz 2 DSGVO). Dies ist vorliegend der Fall.

Recht auf Widerspruch - Art. 21 DSGVO

Darüber hinaus haben Sie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung. Wenn Sie der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten widersprechen, erfolgt keine weitere Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten. Das Recht gilt nicht, wenn eine öffentliche Stelle durch Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet ist (§ 36 BDSG). Dies ist beim JKI für die ihm übertragenen, verpflichtend durchzuführenden öffentlichen Aufgaben der Fall.

Recht auf Beschwerde – Art. 77 DSGVO

Sollten Sie sich hinsichtlich der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch das JKI in Ihren Rechten verletzt fühlen, haben Sie ein Beschwerderecht gegenüber einer Datenschutz-Aufsichtsbehörde.

Die für das JKI zuständige Datenschutz-Aufsichtsbehörde können Sie wie folgt erreichen: Die/Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Husarenstraße 30 53117 Bonn Telefon: 0228 997799 0 Telefax: 0228 997799 5550 E-Mail: poststelle@bfdi.bund.de

Recht auf Widerruf der Einwilligung – Art. 7 Abs. 3 DSGVO

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf einer Einwilligung beruht, haben Sie das Recht diese jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten wird durch diesen nicht berührt. Ihren Widerruf richten Sie bitte an das JKI als Verantwortliche im Sinne der DSGVO.